

Deutsch-Chinesische Nachrichten

Deutsche Tageszeitung

德華日報

中華郵政特准掛號立券之報紙

Wahlspruch:

Treu der alten Heimat und der neuen.

5. Jahrgang

Tientsin, Donnerstag, den 3. Mai 1934.

Nummer 1098

Zum Ehrentag der Arbeit

Hindenburg - Hitler Erklärung zum 1. Mai

Berlin, den 1. Mai (Transocean A.). Anlässlich des ersten Mai, des Tags der Nationalen Arbeit, veröffentlichten Reichspräsident Paul von Hindenburg und Reichskanzler Adolf Hitler folgende gemeinsame Erklärung: „Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte ist der innere Kampf beendet und die Einheit aller Deutschen verwirklicht worden. Was unsere Vorfahren seit Jahrhunderten angestrebt haben, ist geschaffen worden. Auf dieser Grundlage hat das deutsche Volk innerhalb des letzten Jahres Grosses geleistet. Mit friedlichen Waffen ist eine siegreiche Schlacht gegen Elend und Not, gegen Arbeitslosigkeit und Verzweiflung geschlagen worden. Die jetzige Generation kann mit Stolz sagen, dass sie ihre Pflicht erfüllt hat und nicht das Urteil der zukünftigen Historiker zu fürchten braucht.“

„Wir danken dem ganzen deutschen Volke für diese Leistung, welche ein glänzendes Beispiel für alle Zeit ist. Die Nation kann stolz und mit innerster Zufriedenheit ihren nationalen Feiertag am 1. Mai begehen.“

Rücktritt Görings als preussischer Innenminister

Berlin, den 30. April (Transocean A.). Eine dreifache Veränderung in dem preussischen und deutschen Kabinett befreite heute den Luftfahrtminister und Ersterminister von Preussen General Hermann Göring von seinem dritten wichtigen Amt, des des Innenministers für Preussen, und ebnete den Weg für die lange erwartete „Reichsreform“, d.h. für das Verschwinden aller alten Staatseigentümlichkeiten vor der allmächtigen Zentralverwaltung, ein würdiges Ereignis am Vorabend des grössten nationalen Feiertages der deutschen Geschichte.

Die Präsidentenverfügung schafft einen neuen Kabinettposten des „Ministers für Wissenschaft, Erziehung und öffentliche Belehrung“ und ernennt den jetzigen preussischen Kultusminister Dr. Rust zum ersten Amtsführer. Die damit verbundene Verminderung der Verantwortung für das nationale Innenministerium ermöglicht der gleichen Verfügung zu bestimmen, dass Dr. Fricks Innenministerium das gegenwärtige preussische Innenministerium aufnimmt, welches von General Göring gleichzeitig mit seinem Ersterministerposten, den er beibehält, versehen wurde.

Die Feiertagsausgaben der Berliner Zeitungen veröffentlichten gleichzeitig einen Brief des Generals Göring an den Reichskanzler Adolf Hitler vom 30. April in dem Göring „um Erleichterung der Aufgabe zur endgültigen Regelung der inneren Angelegenheiten Preussens bittet, damit ich besser die Anforderungen erfüllen kann, die Sie an mich auf anderen Gebieten, besonders in Bezug auf die Reichsreform in Preussen, stellen.“

Die grosse Arbeitsrede des Führers

Berlin, den 1. Mai (Transocean A.). „Wir sind eine Nation, die sich nicht durch Eroberung des Eigentums anderer Völker, sondern durch endlose Arbeit des eigenen Volkes, aufgebaut hat“, erklärte heute Adolf Hitler in einer zündenden Ansprache anlässlich des Tages der Arbeit. Der Führer sagte weiter, dass die deutsche Nation keinen Krieg wollte,

weil sie keinen nötig hatte. Sie war stark genug, um das nationale Leben ohne fremden Raub und ohne Eintreibung von Tributen usw. erhalten zu können. Unschuldige am Ausbruch des Krieges ist Deutschland das Opfer des Krieges geworden.

„Erschüttert und gebrochen standen die Deutschen während der letzten 15 Jahre vor den Ruinen der Nation, welche mit Arbeit und Schweiß während Jahrzehnte aufgebaut worden war. Schlechte Berater, welche uns ins Verderben geführt hatten, fanden keinen anderen Weg zur Errettung der Nation als militärische Unterwerfung und geistige Versklavung zu empfehlen. Heute weiss das deutsche Volk, dass in der Nationalsozialistischen Bewegung sein Wille stärker ist als die Kräfte der Not. Dieser Wille ist der ewige Wille der Selbsterhaltung, welchen jede lebende Kreatur auf Erden besitzt und der, Gott sei Dank, nicht für immer von unserem Volke vergessen worden ist.“

Die grösste Not, der wir gegenüberstanden, war die Arbeitslosenkatastrophe, welche mit dem unsinnigen Friedensvertrage unvermeidlich begann und durch die Unfähigkeit und Schwäche der früheren Regierungen noch verschärft wurde. Leider weiss ich, dass viele in Deutschland noch nicht von dieser Last befreit worden sind. Ich kann ihnen nur eins versichern, nicht sie alleine sorgen sich darum. Unsere grösste Sorge war, die Arbeitslosigkeit zu bezwingen. Daher riefen wir im letzten Jahre zu der grossen Arbeitsschlacht auf, und wer kann heute an dem Erfolg zweifeln? Ich kann hier auf die ewig negative Kritik unserer Feinde antworten: „Ihr habt früher regiert und konntet unsere Not nicht meistern. Der Taten unfähig begnügtet Ihr Euch mit Reden. Heute redet ihr immer noch, während wir die Probleme anfassen, und wir haben trotz Eures Brummens mehr als drei Millionen Menschen der Arbeit wieder zugeführt. Der Lebensstandard unseres Volkes soll jedoch nicht durch die Bürokratisierung des gesamten Wirtschaftslebens erhalten bleiben, obgleich die Autorität der Führung der Nation die Souveränität über alles besitzt und nur darauf zu achten hat, dass der Ausgleich zwischen Pflichten und Rechten erhalten bleibt.“

Der neue Staat kann keine bevorzugten Klassen oder Gruppen anerkennen. Nur hierin kann die Quelle zum Vertrauen liegen, welches eine Voraussetzung und Grundlage für den Erfolg der wirtschaftlichen Wiederbelebung ist. Daher sind wir nicht bereit, das Vertrauen durch zweifelhafte Elemente zerstören zu lassen, welche glauben, dass Kritisieren ihr Lebensberuf ist. Wir gestatten nicht den Glauben, dass die Kritik selbst von unabhängigem moralischem Wert ist. Nur der ist zur Kritik berechtigt, welcher die kritisierte Aufgabe besser vollenden kann. Die Probleme des deutschen Volkes sind jedoch von uns ungeheuer viel besser geführt worden als von unseren früheren Gegnern und jetzigen Kritikern.

Den Arbeitgebern, welche nicht verstehen weshalb der 1. Mai zum Feiertag ausgerufen worden ist und weshalb sie ihre Angestellten dafür bezahlen müssen, möchte ich sagen, dass die deutsche Wirtschaft früher jedes Jahr schwer für den Kampf und die Streiks der damaligen Organisationen bezahlt hat. Der Gesamtverlust infolge Streiks und Ausschlüssen war ungeheuer. Der nationalsozialistische Staat hat mit diesen primitiven und sinnlosen Methoden zum Ausgleich der Interessen der Wirtschaftsgruppen aufgeräumt. Die hierdurch für die nationale Wirtschaft erzielten Ersparnisse sind ungeheuer. Es ist ein sehr kleines Opfer, wenn die Arbeitgeber als Gegenleistung ihren Arbeiterlandesleuten für den einen Tag zahlen, welcher ein Symbol für den Sieg über die alten unsinnigen Streitigkeiten und die Schaffung einer wirklichen nationalen Brüderschaft ist.

In dieser riesigen Organisation der nationalsozialistischen Bewegung sowie in den Sturmtruppen und der Arbeiter Front wird allmählich ein neuer Typ des Deutschen geformt. In völliger Einstimmigkeit mit dem ganzen deutschen Volke, von dem greisen Präsidenten bis hinab zum Bauern und Arbeiter, will ich heute meine aus ganzem Herzen kommende Ueberzeugung für uns alle aussprechen. Wir bieten jeder Nation die Hand zur Verständigung und Aussöhnung. Aber wir werden auch standhaft unser Lebensrecht gegen jedermann verteidigen.

Wir haben niemals unsere Forderung aufgegeben, dass wir mit jedem anderen Volke die gleichen internationalen Rechte besitzen, genau so wie es unser Entschluss ist, zu jeder Zeit keine geringeren Opfer für die Sache des Friedens und der allgemeinen Wohlfahrt zu bringen als die anderen Nationen sie bringen.“

Zusammentritt des österreichischen Nationalrates

Ausschluss der Sozialisten — Kritik der Grossdeutschen

Wien, den 30. April (Transocean A.) Alle Zugänge zu dem Parlamentsgebäude wurden sorgfältig bewacht und die ganze Nachbarschaft durch einen Polizeiring abgeschlossen, als heute zum ersten Mal seit dem 19. März 1933 der österreichische Nationalrat, allerdings ohne die sozialistischen Abgeordneten, zusammentrat, um die neue Verfassung zu bestätigen und sich damit das eigene Todesurteil zu sprechen. Der Abgeordnete Ramek, den die Regierung zum Präsidenten des Nationalrates und Nachfolger des Präsidiums bestimmt hatte, welches vor einem Jahr zum Rücktritt gezwungen worden war, eröffnete die Sitzung. Auf der Regierungsbank sassen der Kanzler Dr. Dollfuss und der Vizekanzler Dr. Fey. Von den ursprünglichen 165 Mitgliedern waren nur 82 anwesend, da alle 72 sozialdemokratische Mandate durch die Regierung für ungültig erklärt worden waren und ebenfalls 8 oder 10 Mitglieder des Landbundes nicht erschienen waren.

Der Vorsitzende Ramek übergab offen den Protest von Dr. Hampf von der Grossdeutschen Partei, welcher betont hatte, dass nach der österreichischen Verfassung weder die Regierung noch ein durch die Regierung ernannter Stellvertreter das Recht besitze, die Sitzung zu eröffnen. Dann wurden die 472 Notverordnungen, welche seit der Auflösung des Parlaments von der Dollfuss Regierung erlassen worden sind, ohne Debatte an den Verfassungsausschuss übergeben. Mit bewundernswerter Schnelligkeit gelang dem Ausschuss eine formelle Genehmigung aller 472 Verfügungen innerhalb von einer halben Stunde.

Vor dieser Rekordabstimmung erhob sich Dr. Foppa, der Führer der Grossdeutschen Partei und verlas einen scharfen und umfassenden Protest gegen die früheren und jetzigen Massnahmen der Dollfuss Regierung. „Im Namen des Volkes und der ganzen Welt erheben wir fester Protest gegen die ausserverfassungsmässige Regierung des ganzen letzten Jahres, welche mit der Gewalt der Faust und des Bajonets gegen die körperliche und geistige Freiheit herrschte. Wir protestieren gegen die grenzenlose Verfolgung von unschuldigen Männern, Frauen und Kindern, gegen die eigenwillige Zerstörung von Leben und Lebensweisen, gegen die Art der Geiselnahme, welche alle Rechte der Menschheit verspottet, gegen die Konzentrationslager und vor allem gegen die organisierten Zuträger, Droher und Lockspitzel. Wir

verlangen eine sofortige freie, geheime Abstimmung, welche das wirkliche Fühlen der Nation zeigt.“

Die Ausrede der Dollfuss Regierung, dass sie die diktatorische Macht ergreif, um die Unabhängigkeit Oesterreichs gegen das nationalsozialistische Deutschland zu schützen, wird durch Tatsachen widerlegt. Ohne Deutschland ist eine Lösung der österreichischen Frage unmöglich — keine Lösung der zentral-europäischen Frage ohne Deutschland!“

Der Vorsitzende hörte geduldig die Rede zu Ende an und erklärte dann Dr. Foppas Rede als „unzulässig“ und sagte weiter, dass der vorsitzende Ausschuss eine Diskussion der Rede ablehne. Das Ermächtigungsgesetz gab der Regierung das Recht, eine neue Verfassung zusammen mit den 471 Schwesterverfügungen bekannt zu geben, und dann folgten drei Verlesungen mit ausserster Schnelligkeit. Im Einklang mit den Riten des Parlaments verneigten sich die Abgeordneten drei Mal. Die beiden grossdeutschen Mitglieder des Parlaments, welche sich nicht mit verbeugten hatten, verliessen unter lautem Lachen der anderen Abgeordneten den Saal.

Nach dieser Rede lobte der Christlich-Soziale Dr. Aigner das Dollfuss Regime als „die einzige Methode zur Errettung des österreichischen Volkes“, und stellte die neue Verfassung unter den besonderen Schutz der katholischen Kirche. Daraufhin löste sich das letzte Parlament der österreichischen Republik freiwillig auf.

Verhaftungen in Oesterreich

Wien, den 30. April (Transocean K.) Zahlreiche Verhaftungen wurden heute von der österreichischen Polizei während einer allgemeinen Razzia vorgenommen, alleine in Wien wurden 3500 Personen in Gewahrsam genommen und eine fast ebenso grosse Anzahl in den anderen Grosstädten der kleinen Republik. Die Verhaftungen sollen als Vorbeugungsmassnahme gegen mögliche Unruhen und Bombenangriffe am Maltage, dem nationalen Feiertag, dienen.

Eine Bombe ist in das Haus des Freiherrn von Hammerstein, des Direktors des öffentlichen Sicherheitsamtes, geworfen worden. Alle Fenster sind zerstört und der Sohn Hammersteins soll verletzt worden sein. Die österreichischen Flüchtlinge in der Tschechoslowakei werden unter Führung des ehemaligen sozialistischen Chefs Adolf Bauer in der Nähe der österreichischen Grenze eine Demonstration gegen die österreichische Regierung am 1. Mai abhalten.